Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 79 (1985)

Heft: 7

Rubrik: Zeichen der Zeit : über drei Versuche, die Friedlosigkeit zu organisieren

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 05.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Willy Spieler

Zeichen der Zeit

Über drei Versuche, die Friedlosigkeit zu organisieren

Der Begriff «organisierte Friedlosigkeit» wurde vom Friedensforscher Dieter Senghaas geprägt, der damit das Drohsystem entlarvte, das weltweit zur Erhaltung eines negativen, auf Nicht-Krieg reduzierten Friedens errichtet und immer weiter perfektioniert wird. Was hier im Verhältnis zwischen Staaten zur Anwendung kommt, hat seine Wurzel jedoch schon im gesellschaftlichen – innerstaatlichen oder innerkirchlichen – Strukturkonservatismus: Wer von der Norm abweicht, ist schuldig und wird bestraft. Friede reduziert sich auf Rechtsdurchsetzung, diese wiederum beruht auf Strafandrohung.

Mit drei Versuchen, Friedlosigkeit zu organisieren statt Frieden zu stiften, haben wir alle uns in den letzten Wochen auseinandergesetzt. Einer dieser Versuche, der unter dem seltsamen Titel «Recht auf Leben» stand, wurde in der Schweiz mit eindrücklicher Mehrheit abgelehnt. Ein weiterer derartiger Versuch ist das «Bussschweigen», das der Vatikan Leonardo Boff auferlegt hat. Das dritte Beispiel liegt in der Art und Weise, wie Politiker auf den Tod im Brüsseler Heysel-Stadion reagieren.

«Recht auf Leben»

Die Initiative «Recht auf Leben» wurde am 9. Juni mit 1'002'245 Nein gegen 450'752 Ja überraschend klar verworfen. Angenommen wurde die Initiative in den katholischen Kantonen Uri, Schwyz, Ob- und Nidwalden, Jura sowie Wallis, hier mit mehr als 70 Prozent. Abgelehnt wurde sie in allen übrigen Ständen, sogar in Freiburg und Luzern, zwei weiteren Bastionen des politischen Katholizismus. Die höchsten Nein-Stimmenanteile von um die 83 Prozent kamen aus Neuenburg, Genf und der Waadt. Also haben die reformierten Kantone – wie auch der Vorstand des Evangelischen Kirchenbundes – die Initiative mehrheitlich abgelehnt, die katholischen – wie schon die Bischofskonferenz – ihr mehrheitlich zugestimmt.

Dass die Initiative von fundamentalistischen Kreisen des Protestantismus lanciert und von der Evangelischen Volkspartei unterstützt wurde, kann dieses Gefälle zwischen den beiden Konfessionen nicht widerlegen, jedoch eine andere Tendenz bestätigen: Ich wäre nämlich nicht überrascht, wenn sich bei regelmässigen Kirchgängern eine besondere Affinität zur Initiative feststellen liesse, bei den katholischen mehr als bei den reformierten, bei den reformierten mehr als bei den Nichtkirchgängern. Und ich wäre ebensowenig überrascht, wenn dereinst bei einer Abstimmung über die Armee die Relationen genau umgekehrt verliefen, dass also die Stände, die «Recht auf Leben» unterstützten, die Armeeabschaffung am massivsten ablehnen würden.

Den Schlüssel zum Verständnis dieser Tendenz liefert ebenfalls die Friedensforschung. Richard Friedli verweist in seiner Studie «Frieden wagen» auf kanadische und amerikanische Untersuchungen, die er zum aufschlussreichen Ergebnis zusammenfasst: «‚Orthodoxe' Christen sind kriegsbereiter in ihren Ansichten als Nichtchristen, die dogmatischen Christen sind strenger zu strafen bereit

als die weniger dogmatischen, Katholiken wünschen Kernwaffen eher als Protestanten, und Protestanten mehr als Glaubenslose. Unter allen Gruppen, die erfasst wurden, zeigten die Kirchengänger eine stärkere Tendenz, in der militärischen Macht ein Mittel zur Konfliktlösung zu sehen als die Nicht-Kirchengänger.»

Die Initiative «Recht auf Leben» hatte nur ein einziges präzises Ziel: die möglichst extensive Kriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs. Auch hier sind dogmatische Christen und insbesondere kirchenhörige Katholiken offenbar eher und «strenger zu strafen bereit» als die übrigen Gruppen der Gesellschaft. In diesen Raster passt, dass die Initiative nicht einmal die Todesstrafe abschaffen und damit grundsätzlich allen Straffälligen ein Recht auf Leben gewähren wollte. In den Raster des christlichen Dogmatismus passt nicht weniger, dass die Initianten aus ihrem «Recht auf Leben» nicht die geringste Kritik an der real existierenden Schweizer Armee herleiten wollten, ja dass sich die eifrigsten Schützer des (ungeborenen) Lebens zugleich als die vehementesten Militaristen entpuppten. Ganz ähnlich wie der «wiedergeborene Christ» Ronald Reagan in den USA.

In seiner Schrift «Modelle zum Frieden» schreibt Johan Galtung: «Um einen andern Menschen oder eine andere Nation zu etwas zu bewegen, beschreitet man grundsätzlich zwei Wege, die wir als den positiven und als den negativen bezeichnen können. Der positive Weg läuft darauf hinaus, den Betreffenden zu belohnen, wenn er tut, was man von ihm wünscht; der negative, ihn zu bestrafen, wenn er es nicht tut.» Wie sehr die offiziellen Befürworter der Initiative, allen voran die beiden «christlichen» Parteien CVP und EVP, nur in den Kategorien des «negativen Wegs», also des Strafens, denken konnten, zeigte schon ihre Gegnerschaft gegenüber der Mutterschaftsschutz-Initiative. Sie waren und sind unfähig, sich vorzustellen, dass auf dem «positiven», dem sozialpolitischen Weg werdendes Leben weit besser geschützt werden könnte als mit dem Strafrecht. Ja, indem sie glauben, werdendes Leben lasse sich nur dadurch schützen, dass der Staat den Müttern Gefängnis androhe, schaffen sie sich das willkommene Alibi, um auf eine lebensfreundliche Sozialpolitik überhaupt verzichten zu können.

Die Initiative «Recht auf Leben» hat eine geradezu unheimliche Aggressivität «orthodoxer» Christen offengelegt. Ihre Bereitschaft, zu strafen und Konflikte gewaltsam zu lösen, dürfte zutiefst mit der Vorstellung von einem strafenden und rächenden Gott zusammenhängen. Sünden müssen gesühnt werden, und zwar schon hier und jetzt, nicht erst im Jenseits. Gerechtigkeit kann warten bis zum Leben nach dem Tode, aber Strafe muss schon in dieser Welt sein. Ich wünschte mir eine Vox-Analyse, die das sadistische Potential aufzeigte, das hinter dieser Initiative stand. Ich wünschte mir auch eine ideologiekritische Theologie, die nachweisen würde, wie sehr jede derartige Politik eine falsche Verkündigung widerspiegelt und wie politisch in ihren Auswirkungen viele unserer scheinbar so unpolitischen Gottesdienste sind.

Der Fall Vatikan – Boff

Wie freilich soll eine Kirche zum gesellschaftlichen Frieden beitragen, wenn sie selber ein Beispiel der Friedlosigkeit gibt? Wenn sie sich lieber mit Faschisten gegen die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs als mit Befreiungstheologen für die Sache der Armen solidarisiert? Mitte April ist das Unglaubliche geschehen, dass Johannes Paul II. zahlreiche nach Rom geeilte Faschisten, unter ihnen der Franzose Le Pen und der Italiener Almirante, aufforderte, «Europa vor dem moralischen Zerfall zu retten». «Bei eurem Kampf gegen Scheidung und Abtreibung könnt ihr auf mich zählen», versprach er ihnen auf dem Petersplatz. Kurze Zeit später, am

26. April, wurde dagegen Leonardo Boff von den Kongregationen für die Glaubenslehre und für die Ordensleute eine «Zeitspanne gehorsamen Schweigens» (un periodo di ossequioso silenzio) auferlegt. Der Franziskanerpater darf auf unbestimmte Zeit nichts mehr veröffentlichen und öffentlich sagen. Er wurde buchstäblich mundtot gemacht.

Die Schweizer Bischöfe suchen zu beschwichtigen: Boff sei nicht wegen seiner Befreiungstheologie, sondern wegen seiner Äusserungen über die Lehre von der Kirche verurteilt worden. Warum aber muss er dann auch in Fragen der Befreiungstheologie schweigen? Warum muss er überhaupt und in jeder Beziehung schweigen? Warum muss er sogar noch mehr schweigen als Hans Küng, dem «nur» die Lehrerlaubnis entzogen wurde?

Freilich: Diese Massnahme, die jeden mit Abscheu erfüllt, der noch imstande ist, von seiner Vernunft einen kritischen Gebrauch zu machen, bestätigt, was Bruder Leonardo in seinem Buch «Kirche: Charisma und Macht» schreibt: «Zwar verfügt die Kirche heute nicht mehr über die politischen Machtmittel, um wie früher gegen die der Häresie Angeklagten mit Gewalt vorgehen zu können, aber weder die Mentalität noch die Verfahrensweise haben sich geändert». Diese «unerbittliche Strenge der Inquisition» ergebe «sich aus der eisernen und zwingenden Logik des Systems», das seine eigene Macht absolut setze: «Da die zentralisierte, monarchische und ausschliessende Funktionsweise der Macht wie auch das lehrhafte Verständnis von Offenbarung und Heil als (in dieser konkreten Gestalt) von Gott gewollt dargestellt werden, sind sie unantastbar und versagen sich jeder Reform.»

Wer in den Kategorien der absoluten Wahrheit denkt, eliminiert, was ihr zu widersprechen scheint. Konflikte werden nicht dialogisch ausgetragen. Sie sind das, was nicht sein soll, und gehören daher zur Pathologie der Kirche. Dass indessen nicht die Konflikte pathologisch sind, sondern die Form und die Begründung, durch die sie unterdrückt werden, hat Leonardo Boff aufgezeigt. Dafür muss er büssen. Sein Schweigen stellt die Ruhe und Ordnung wieder her: die «organisierte Friedlosigkeit», die mit Frieden verwechselt wird.

Ich weiss nicht, warum Bruder Leonardo sich der römischen Demütigung unterzieht. Ich weiss auch nicht, warum die brasilianische Bischofskonferenz die Gläubigen aufruft, die «Handlungen des Papstes und der römischen Kurie zu akzeptieren, da dies zum Wesen eines Katholiken gehört». Ich kann nur hoffen, dass es noch genügend Katholiken gibt, zu deren Wesen es gerade nicht gehört, sich durch ihr «Akzeptieren» mitschuldig zu machen an dem, was Leonardo Boff eine «totalitäre Macht» nennt. «Kritisch genug und von der Richtigkeit ihres Weges überzeugt», werden sie, wie Boff in seinem erwähnten Buch schreibt, «den Mut haben müssen, im Herrn und im Evangelium den Anordnungen des Zentrums den Gehorsam zu versagen».

Es wird Zeit, dass die Kirche Lateinamerikas ihre Abhängigkeitstheorie nicht nur auf die ökonomischen, sondern auch auf die ideologischen Zentren der kapitalistischen Welt, also auch auf «Rom», anwendet. Die Theologie der Befreiung verwirklicht sich nicht ohne die Befreiung der Theologie und des Christseins überhaupt aus selbstverschuldeter Unmündigkeit.

Nach dem Tod im Stadion

Friedlosigkeit, die nur organisiert, durch strukturelle Gewalt eingedämmt wird, schafft sich immer wieder das Ventil, um offen auszubrechen. Ein derartiger Ausbruch hat am Abend des 29. Mai vor dem europäischen Meistercup-Final im Brüsseler Heysel-Stadion 38 Menschen das Leben gekostet. Ein erneuter Versuch, die manifest gewordene Friedlosigkeit nur wieder zu organisieren, aber ist die Art und Weise, wie Politiker und Sport-

verbände auf das entsetzliche Ereignis reagieren. Englands Premierministerin, Frau Thatcher, die in der unglaublichen Aggressivität britischer Fussballfans eine «Schande für das ganze Land» sieht, verlangt jetzt Video-Überwachungsanlagen auf den Sportplätzen, damit die Schuldigen überführt werden könnten. Den Richtern empfiehlt sie, drakonische Strafen zu verhängen. Und die Gesetzgebung «zur besseren Kontrolle von Menschenansammlungen» soll beschleunigt werden. Auch die Europäische Fussball-Union (Uefa) weiss nichts anderes, als zum Mittel der Kollektivstrafe zu greifen und alle englischen Fussballclubs bis auf weiteres von Spielen in Europa auszuschliessen.

Die Aufrüstung des Repressionsapparates ist die typische Reaktionsweise konservativer Regierungen gegenüber sozialen Problemen. Und das Rowdytum in Fussballstadien und anderswo ist in erster Line ein soziales Problem: die Kompensation eines freudlosen Daseins in einer Gesellschaft ohne Zukunft. Viele der fanatisierten Fussballfans entstammen der Unterschicht, die in der britischen Klassengesellschaft unter Margret Thatcher weniger denn je eine Aufstiegschance hat. Die Katastrophe im Heysel-Stadion muss vor dem Hintergrund der Massenarbeitslosigkeit unter den Jugendlichen in Liverpool gesehen werden. Der soziale Zerfall dieser Stadt manifestiert sich in den Aggressionen der am meisten davon Betroffenen. Wo das Leben seinen Sinn verliert, weicht es in Ersatzbefriedigung aus, wozu auch das berauschende Massenerlebnis im Fussballstadion gehört.

Wenn eine ungerechte Gesellschaft, statt verändert, durch Polizei und Strafrecht konserviert wird, dann ist die Brutalisierung der Staatsgewalt nur die Kehrseite der sozialen Verelendung. Mehr noch: Wenn der Staat nur dreinschlägt, wie will er dann verhindern, dass auch die Entrechteten keine andere Sprache als diejenige der Gewalt kennen? Hinzu kommt, dass gerade in England die Staatsgewalt sich nicht nur nach innen, sondern auch nach aussen brutalisiert. Wie will die «eiserne Lady» den Fans des FC Liverpool begreiflich machen, dass Gewalt kein Mittel im Kampf um die eigene Selbstbestätigung sein kann, wo sie doch selbst nicht zögerte, Grossbritanniens «Würde» durch einen Krieg um die Falkland-Inseln zu «verteidigen»? Mit Blindheit muss geschlagen sein, wer nicht sieht, dass die Szenen im Heysel-Stadion und der Falklandkrieg die Spitzen ein und desselben Eisberges, die gewalttätigen Auswirkungen ein und desselben Chauvinismus sind. Wobei vermutlich kein Liverpooler Fan Tote gewollt hat – im Gegensatz zu Frau Thatcher im Falklandkrieg.

*

Gewiss, der Bogen von der Initiative «Recht auf Leben» über den «Fall Boff» bis zur Reaktion auf die Toten im Heysel-Stadion ist weit gespannt. Dennoch kommt in all diesen Beispielen die gleiche strukturkonservative Haltung zum Ausdruck. Intolerant, dialogunfähig und sozial unempfindlich, wie dieser Strukturkonservatismus nun einmal ist, kann er das menschliche Zusammenleben allein mit den Mitteln der Repression regulieren. Statt Lebenschancen zu eröffnen, stellt er Strafen in Aussicht. Statt soziale Probleme auch sozial zu lösen, mobilisiert er den Büttel. Statt den Frieden zu verwirklichen, organisiert er die Friedlosigkeit. Der innere Widerspruch dieses Strukturkonservatismus ist perfekt, wenn er einerseits bis zum Überdruss betont, dass sich die Menschen ändern müssten und nicht die Strukturen, anderseits aber meint, das menschliche Verhalten allein durch härtere Strukturen der Repression lenken zu können. Und da gibt es schon einige Parallelen zwischen der Initiative «Recht auf Leben», dem Umgang des Papstes mit seinen Kritikern und der Law-and-order-Politik der Frau Thatcher.

Hier verschlingen sich Weite und Wärme. Empfohlen wird das «weitest reichende Fernrohr (...), um den wirklichen Stern Erde zu sehen» (PH I,366). Wärmelehre wird zum Plädoyer für grosse Weltveränderungen, auch die nicht-revolutionären: «Man muss in so grossen Angelegenheiten über das Ziel hinausschiessen können, um es zu treffen» (Abschied von der Utopie?, 112). Dieser heftige, ganz und gar nicht bescheidene Aufruf zum Aufbruch hat wenig gemein mit dem Wärmestrom, den Willy Spieler gegen die Armeeabschaffung reklamiert und etwa in «Nahzielen» wie Zivildienst und Friedensforschungsinstitut fliessen sieht (NW 1985, 334). Angesichts der realpolitischen Pervertierung der Zivildienstidee zu einer restriktiven Entkriminalisierung plus Arbeitsdienst für Militärverweigerer, angesichts der Entwicklungstendenzen universitärer «Friedensforschung» liesse sich namentlich mit Bloch fragen, ob da die Utopie nicht «krauchend-evolutionistisch» wird, «sich entspannt, sich, wie einmal Benjamin sich ausdrückte, nur noch auf eine ‚stufenweise Verbesserung der Gefängnisbetten richtet'» (Abschied,111). Wo das Fernziel aus dem Nahziel verschwindet, ist aber «keine echte Zukunft» (ebenda).

In Polemiken gegen die Armeeabschaffungs-Initiative wird häufig das fehlende Verständnis für Nahziel-Politik beklagt, wobei es den Anschein macht, die Leugnung einer möglichen Aufweichung helvetischer Erstarrung solle zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeihung werden. Mit Bloch wäre demgegenüber zu bedenken, dass Hoffnung auch mit konkret-utopischem Horizont enttäuschbar bleibt. (In seinen enttäuschten Hoffnungen auf den Stalinismus hat dies Bloch selbst schmerzlich erlebt. Das heisst: konkret-utopische Politik ist Wagnispolitik. Denn: «Hoffnung ist nicht Zuversicht. Sie steht in Schwebe: Gerade sie ist umlagert von den Kategorien der Gefahr» (GA XI,427). Dennoch wird festgehalten am «Kraftfaktor in der Hoffnung, der ihr die Möglichkeit des Gelingens etwas vermehrt» (ebenda), und zwar auch in einer «prekären Zeit», wo die Hoffnung «bedeutend schwieriger (. . .) zu verifizieren ist als die Angst, die reichlich zu speisen hat in dieser Welt und der es sehr wohl ergeht» (GA IX,428). In einer Zeit, wo es noch weniger zu lachen gibt als vor 20 Jahren, bekommen solche Zeilen eine besondere Aktualität im Kampf gegen Resignation und Verzweiflung.

Ist es vermessen, in der Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik» einen potentiell ansteckenden Niederschlag Blochscher Hoffnung zu sehen? Willy Spieler macht sich in seinen Überlegungen zu Ernst Bloch – obwohl er der «konkreten Utopie» explizit kaum Raum gibt – stark für einen der ethisch motivierten Einbildungskraft des Menschen bedürftigen historischen Prozess (NW 1985, 239). Seine Faszination gilt jenem Bloch, der das *Aufrechte* ins Recht transponiert (237) und dem Gemeindegedanken, worin die Brüderlichkeit zu ihrem Recht kommt (242).

Mir scheint, hier klingen Dinge an, die auch im Initiativtext der erwähnten Volksinitiative keimhaft enthalten sind: «Die Schweiz entwickelt eine umfassende Friedenspolitik, welche die Selbstbestimmung des Volkes stärkt und die Solidarität unter den Völkern fördert.» Auch hier soll das Aufrechte Recht werden, soll mit den Ansprüchen des Citoyen und seiner Menschenwürde ernst gemacht werden, soziale Phantasie aus ihrem Schlaf erwachen.

Was not tut, ist eine nähere inhaltliche Bestimmung des Gemeinten. Ein erster Beitrag der Initianten zur «umfassenden Friedenspolitik» erscheint dieser Tage in Buchform. Es ist zu hoffen, dass er Ansatz werde zur Wiederbelebung und vielfältigen Konkretisierung Blochscher Denkimpulse. Das wäre jedenfalls die Realisierung einer ersten Etappe in Richtung des Fernziels: friedenspolitisch belebte Schweiz – ohne Armee. Marc Spescha

* Zitierte Literatur und ihre Abkürzungen:
Ernst Bloch, Prinzip Hoffnung I, suhrkamp taschenbuch wissenschaft (PH I)
Ernst Bloch, Gesamtausgabe XI, Politische Messungen, Pestzeit, Vormärz (GA XI)
Ernst Bloch, Abschied von der Utopie?, herausgegeben von Hanna Gekle (Abschied)

Frau Thatcher ist nicht an allem schuld – eine Entgegnung zu Willy Spieler: Nach dem Tod im Stadion (NW 1985, S. 206–207)

Als mehrjähriger Abonnent der «Neuen Wege» freue ich mich Monat für Monat auf das Erscheinen dieser sehr engagierten und inhaltlich geradlinigen Zeitschrift. Mit beson-

derem Interesse lese ich jeweils die «Zeichen der Zeit» von Willy Spieler, denen ich meistens vollumfänglich zustimmen kann.

Was nun aber den dritten Teil der «Zeichen der Zeit» im Juniheft betrifft, nämlich «Nach dem Tod im Stadion», so muss ich meinem Erstaunen Ausdruck geben, dass hier die Greueltaten einer neofaschistischen Nazigruppe – um die es sich ja offensichtlich bei den Mördern im Heysel-Stadion handelte – so quasi entschuldigt werden durch die «böse Maggie» in London. Sicher, Frau Thatcher ist mir als engagiertem Sozialdemokraten alles andere als sympathisch, und wenn ich Engländer wäre, würde ich ihr nie und nimmer die Stimme geben. Aber in diesem Falle ist es nun doch offenbar so, dass die Stadion-Mörder nicht arme, arbeitslose Jugendliche waren (diese hätten sich sicher keine Reise nach Bruxelles leisten können), sondern jugendliche Neonazis, denen es offenbar am Geld nicht gefehlt hat. Wenn man diese Verbrechen mit der Wirtschaftspolitik der «Iron-Lady» entschuldigen will, dann müsste man wohl die kürzlich erfolgten schweren Misshandlungen eines wehrlosen Tamilenflüchtlings in Brugg durch Neonazi-Jugendliche auch auf ähnliche Art erklären oder entschuldigen. Und das kann und will ich nicht, und die «Neuen Wege» sollten es auch nicht tun.

Andreas Burckhardt

Aus unseren Vereinigungen

Monatszusammenkunft der Religiös-sozialen Vereinigung vom 31. August 1985

Eva Lezzi, die Administratorin der «Neuen Wege», hatte sich bereit erklärt, uns aus ihren Lebenserfahrungen zu erzählen. Ihr Bericht bewegte die Zuhörer, ganz besonders natürlich diejenigen, die ihre Mutter Dora Staudinger oder ihren vor bald dreissig Jahren tödlich verunglückten Ehemann Max noch gekannt hatten.

Besonderen Eindruck machte auf uns die Darstellung jener fünf Jahre ihres Lebens, während denen sie mit ihrem Mann, mit zwei weiteren jungen Ehepaaren und andern zusammen auf dem «Werkhof» in Rüschlikon, einem vom Nidelbad gepachteten Bauernhof, in Gütergemeinschaft lebte und dabei sehr hart arbeiten musste. Trotz der dort herrschenden Armut stand die Türe im Werkhof immer offen für Besucher, Arbeitslose, Pflegekinder und jüdische Flüchtlinge. Gusti Karrer, der sich später mit seiner Frau und bald auch einem Kind dieser Arbeits- und Gütergemeinschaft anschloss, berichtete über diese Zeit: «Wir waren arm, aber es war schön.»

Zu ihrem Entschluss, auf eine noch ferne sozialistische Gesellschaft nicht bloss politisch hinzuarbeiten, sondern bereits in der Gegenwart zu versuchen, sozialistisch zu leben, wurden sie angeregt vom Kreis um Leonhard Ragaz, vom Bruderhof (damals in der Rhön bei Fulda) unter der Leitung von Eberhard Arnold und von Gustav Landauers Schrift «Beginnen!» Leider konnte das Experiment nicht fortgesetzt werden. Zwar liess sich nach Ablauf des Pachtvertrages ein anderer geeigneter Bauernhof ob Wädenswil finden, doch die zum Erwerb notwendige Summe von 20'000 Franken konnte damals von den Gesinnungsfreunden nicht zusammengebracht werden.

Der Bericht von Eva Lezzi konfrontierte uns wieder mit der Frage, wie weit es uns möglich ist, unser Leben mit unserem Denken und Glauben in Übereinstimmung zu bringen.

Ausserdem unterschrieben die Anwesenden Grusskarten an sechzehn aus der «Friedenszeitung» uns namentlich bekannte Militärdienstverweigerer, die zur Zeit in verschiedenen Gefängnissen unseres Landes dafür «büssen», dass sie versuchten, ihr Verhalten mit ihrem Gewissen in Einklang zu bringen. Mit unserem Gruss wollten wir ihnen unsere Solidarität bezeugen.

Und schliesslich beschlossen wir, im Rahmen der Vernehmlassung zum Bericht der Kommission Barras über eine sogenannte «Entkriminalisierung» der Militärdienstverweigerer dem EMD folgenden Brief zu schreiben:

Betrifft: Vorschläge der Kommission Barras zur Änderung des Militärstrafgesetzes

Die Religiös-soziale Vereinigung der Schweiz, die seit mehr als 60 Jahren besteht und deren Mitbegründer der bekannte Zürcher Theologieprofessor Leonhard Ragaz war, hat an ihrer Zusammenkunft vom 31. August 1985 zu den Vorschlägen der Kommission Barras wie folgt Stellung genommen:

Für alle Schweizer gehört der Schutz der Glaubens- und Gewissensfreiheit zu den Grundpfeilern unseres Staates.